

## Die Elite hat abgewirtschaftet

von Wolfgang Hoffmann | 24. März 1995 - 13:00 Uhr

Deutschlands Hochschullehrer verkennen den Ernst der Lage. Während die Universitäten der Republik immer tiefer in die Krise steuern, sind 64 Prozent aller Hochschullehrer mit ihrer Situation "ausgesprochen zufrieden"- so eine jüngst vom Bildungsministerium publizierte Umfrage.

Mit der heilen Welt, die sich die Professoren offensichtlich immer noch vormachen, dürfte es bald vorbei sein. Den Hochschullehrern droht eine Roßkur ohnegleichen: Qualitätsauslese durch Wettbewerb, Zensuren und Mehrarbeit, Einschnitte bei Freiheit von Forschung und Lehre, knallhartes Management statt eitler Selbstbestimmung, Leistungslohn statt lebenslanger Besoldung.

Auch die Studenten werden nicht ungeschoren davonkommen. Verschärfte Zulassungsbedingungen und straffere Studiengänge werden unumgänglich. Dazu noch ein Menetekel besonderer Art: Studiengebühren.

Reform tut allerdings auch not. Die hoffnungslos verstopften Hochschulen sind dem Ansturm der Studenten längst nicht mehr gewachsen. In den Tempeln der Wissenschaft ist Chaos eingekehrt.

Ernst ist die Lage schon seit langem. Doch obwohl der Wissenschaftsrat, das für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung oberste Gutachtergremium der Nation, seit Jahren Alarm schlägt, hat die Politik bisher alle Warnungen unbeachtet gelassen. Das zunehmende Gedränge an den Hochschulen wurde leichtfertig als Übergangsproblem der geburtenstarken Jahrgänge abgetan.

Doch von Übergang kann keine Rede sein - im Gegenteil: Nicht weniger, sondern mehr Abiturienten drängen in die Hörsäle und Institute. Der Nachwuchs hat frühzeitig erkannt, daß das Risiko der Arbeitslosigkeit für Hochschulabgänger geringer als für andere Arbeitnehmer ist. Viele sichern sich zudem zusätzlich ab. Rund vierzig Prozent aller Gymnasiasten machen nach dem Abitur erst einmal eine handfeste Berufsausbildung. An den Hochschulen hat sich der Anteil der Studenten mit abgeschlossener Lehre von 13 auf 27 Prozent mehr als verdoppelt. Und wenn sich das unlängst nun auch für Meister und vergleichbare Qualifikationen geöffnete Modell "Studium ohne Abitur" in Nordrhein-Westfalen bundesweit durchsetzt, ist mit einem weiteren Ansturm auf die Hörsäle zu rechnen.

Immerhin: Der ungebrochene Run auf die Hochschulen belegt einen erstaunlichen Erfolg der Bildungsoffensive aus den sechziger und siebziger Jahren. Höhere Bildung ist nicht mehr das Privileg einer bestimmten Gesellschaftsschicht. Während sich 1960 gerade einmal

8 Prozent eines Altersjahrgangs zum Studium eingeschrieben, sind es heute bereits knapp 36 Prozent.

Doch während die Nachfrage nach Hochschulbildung kräftig expandierte, konnte das Angebot bei weitem nicht Schritt halten. Nicht einmal das 1975 für die westdeutschen Hochschulen festgelegte Ausbauziel von 850 000 Studienplätzen wurde bis heute erreicht, obwohl die Studienplätze damals nur für eine Studentenzahl von durchschnittlich 19 Prozent eines Altersjahrgangs berechnet waren. Das gegenwärtige Defizit an Studienplätzen ist entsprechend hoch: 400 000 Plätze fehlen.

Das wissenschaftliche Personal der Hochschulen wurde mit einem dürftigen Zuwachs von 7 Prozent seit Mitte der siebziger Jahre so knapp gehalten, daß sich das Verhältnis von Lehrenden zu Lernenden seither dramatisch verschlechtert hat - von 1 zu 12,5 auf 1 zu 20,5 an den Universitäten, von 1 zu 18 auf 1 zu 37 an den Fachhochschulen. Wollte man den Zustand der siebziger Jahre wiederherstellen, müßte das wissenschaftliche Personal um 25 000 Stellen erhöht werden.

Selbst bei ausreichenden Finanzen fehlte das Potential für die Rekrutierung, weil die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sträflich vernachlässigt worden ist. Die Karrieren an den Hochschulen sind für junge, qualifizierte Wissenschaftler kaum noch attraktiv; viele wandern in die freie Wirtschaft mit den besseren Konditionen ab.

Die eingangs erwähnte Studie, nach der die Mehrzahl der deutschen Professoren mit ihrem Beruf zufrieden ist, belegt denn auch, "daß sich der wissenschaftliche Nachwuchs an deutschen Hochschulen - im internationalen Vergleich gesehen - ausgesprochen negativ äußert, was seine berufliche Sicherheit und die eigenverantwortliche, selbständige Stellung angeht".

Erheblich verschlechtert hat sich auch die Finanzierung der Hochschulen. Die Ausgaben von Bund und Ländern sind von 1,32 Prozent des Bruttosozialprodukts Mitte der siebziger Jahre auf unter 1 Prozent zurückgegangen. Die Folge: Die Hochschulen mit derzeit knapp 1,9 Millionen Studenten haben ihre Kapazitäten nicht nur voll ausgeschöpft, sie leiden unter chronischer Überlastung. Nach Berechnungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) müßten Bund und Länder die Hochschulmittel um neun Milliarden Mark aufstocken, um annähernd den Zustand von vor zwanzig Jahren wiederherzustellen.

Eine solche Kehrtwende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Angesichts knapper Staatsfinanzen müssen landauf, landab besonders die Kultur- und Wissenschaftsetats für Kürzungen erhalten. So wurden die seit Jahren ohnedies stagnierenden Etats im vergangenen Jahr erneut zusammengestrichen. Johann Gerlach, Präsident der Berliner FU, nannte das 1995 vom Berliner Senat verhängte Spardiktat eine "Katastrophe". Und Berlin ist keine Ausnahme.

Dabei machen es sich die Universitäten durchaus nicht bequem. Die Bewältigung der jahrelangen Überlast belegt eine Produktivitätssteigerung, von der manche Unternehmen nur träumen können. Gleichwohl hält sich hartnäckig das Vorurteil, die Hochschulen seien ein Faß ohne Boden. HRK-Präsident Hans-Uwe Erichsen: "Die Behauptung, man könne eine Milliarde Mark zusätzlich in das Hochschulsystem hineingeben, und es mache noch nicht einmal plumps, ist so oder sinngemäß in den Köpfen von Politik, Bürokratie und Gesellschaft präsent."

Die Quantität, die von den Hochschulen gemeistert wurde, ist freilich noch kein Beweis für Qualität. Sie deutet mehr auf Verflachung von Bildung. Die Abbrecherquote deutscher Universitäten nämlich, mit dreißig Prozent eine der höchsten der Welt, relativiert den Produktivitätsfortschritt erheblich. Selbst die erfolgreichen Hochschulabsolventen sind nicht das Gelbe vom Ei.

Michael Klett, unter anderem Verleger der Deutschen Universitätszeitung, über Hochschulabgänger, die sich bei ihm bewerben: "Hier sind die meisten unbrauchbar." Eine Allensbach-Umfrage bestätigt das harte Urteil; danach meint jede zweite Führungskraft der Wirtschaft, daß die Arbeit der Universitäten "eher als schlecht" zu beurteilen sei. Bei staatlichen Hochschulausgaben von über 20 000 Mark je Student und Jahr signalisiert dieses Verdikt eine gigantische Verschwendung finanzieller Ressourcen.

Eklatante Mängel in der Effizienz belegt auch eine vergleichende Untersuchung des Wissenschaftsrats über die Ausbildungskosten westdeutscher Hochschulen in zwölf verschiedenen Fächern. Danach kostet die Juristenausbildung in Mainz 9000 Mark, in Konstanz dagegen 78 000; die Durchschnittskosten liegen bei 30 000 Mark. Braunschweig bildet Germanisten für 477 000 Mark aus, in Hamburg dagegen reichen 6000 Mark (Durchschnitt: 70 000 Mark). Zwar hat der Wissenschaftsrat eingestanden, daß der Effizienzvergleich wegen der unvollkommenen Datenlage keine Bibel sei, doch die Tendenz der Berechnung ist besorgniserregend. Schon der Umstand, daß die Kosten eines Studiums nicht oder nur höchst ungenau bekannt sind, unterstreicht die Notwendigkeit von Remedur.

Eine Schließung der Hochschulen für Neuzugänge, weil der Andrang nicht mehr zu bewältigen ist, hat keine Aussicht auf Erfolg. Nicht nur, weil sich immer mehr Studenten ihren Studienplatz erfolgreich einklagen. Sondern vor allem, weil es sich eine Gesellschaft wie die der Bundesrepublik nicht leisten kann, breiten Bevölkerungsschichten die Möglichkeit des Studiums zu verweigern. Das würde den Wirtschaftsstandort Deutschland erst recht gefährden.

Sowohl Wissenschaftsrat wie Hochschulrektorenkonferenz sehen die Lösung der Misere denn auch in erster Linie im Wettbewerb. Konkurrenz soll ungenutzte Rationalisierungsreserven freisetzen, die, gemessen an den Bildungssystemen anderer Industriestaaten, vorhanden sind.

Voraussetzung für Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist allerdings, daß sie aus der staatlichen Gängelung in weitgehende Autonomie entlassen werden, um ihren Lehr- und Forschungsauftrag rational und wirtschaftlich selbst zu steuern. Für den ehemaligen Rektor der Universität Dortmund, Detlef Müller-Böling, bedeutet Autonomie allerdings nicht, "daß Wissenschaftler im Namen der Wissenschaftsfreiheit uneingeschränkte Individualrechte ohne jede Kollektivverantwortung reklamieren können". Freiheit von Forschung und Lehre werde vielfach "als individuelle Freiheit des einzelnen" mißverstanden, klagt Müller-Böling, der seit Mai vergangenen Jahres das Gemeinnützige Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh leitet, eine Gesellschaft der Bertelsmann-Stiftung und der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz.

Ziel des Projekts ist die Entwicklung von Konzepten, die Hochschulen trotz Überlast und knapper Finanzen leistungsfähiger machen sollen. Abbau staatlicher Reglementierung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hochschulangehörige, Stärkung des Managements, neue Regeln für den Studienzugang wie auch Studiengebühren sind einige Stichworte aus dem CHE-Projekt.

Die starke Betonung der individuellen Professorenfreiheit in Deutschland führt häufig dazu, daß sich die Lehrstuhlinhaber auf bestimmte Wissenschaftsnischen zurückziehen, die den Lernenden nicht mehr umfassend ausbilden. Müller-Böling: "Wenn ein Hochschullehrer etwa die Geschichte der Frauenbewegung im 16. Jahrhundert fünf Semester rauf und runter doziert, bleibt zwar keine Frau im 16. Jahrhundert unentdeckt, aber der Student lernt dabei keine Geschichte, geschweige denn historische Gesamtzusammenhänge."

Solche systembedingten Mißstände könnte ein starkes Hochschulmanagement außer Kraft setzen, wenn es mit ähnlichen Rechten und Pflichten ausgestattet ist, wie sie Unternehmensvorstände haben. Das gegenwärtige System der Wahl von Hochschulpräsidenten, Rektoren und Dekanen begünstigt dagegen meist die Wahl solcher Professoren, die bei der Verteilung der Gelder keinem Kollegen weh tun.

Durchsetzungsvermögen des Managements ist indes nur die eine Seite der Reformen. Zur anderen gehören Lenkungsinstrumente wie Leistungskriterien und -kontrollen, betriebswirtschaftliches Rechnungswesen, Berichtswesen und Controlling. Notwendig wäre zudem ein neues System leistungsgerechter Professorenbesoldung, etwa wie in den Vereinigten Staaten.

So erfolgreich Systeme mit ökonomischen Anreizen auch sind, in der Bundesrepublik stoßen sie rasch an die Grenzen des öffentlichen Dienstrechts. Beamteten Universitätsprofessoren mit Anstellung auf Lebenszeit kann die Besoldung nicht gekürzt werden, wenn sie nur wenig leisten. Wer dagegen viel leistet und auch mehr verdienen will, ist weitgehend auf Nebentätigkeiten, Gutachten und sonstige Fremdaufträge angewiesen, die dann zu Lasten der Lehrtätigkeit gehen. Erst kürzlich hat die Studentenvertretung der medizinischen Fakultät Hamburg ihren Professoren Lehrbetrug vorgeworfen. Nach einer von der Universität zusammen mit Studenten erhobenen Studie vernachlässigen 88 Prozent

der Medizinprofessoren ihre Ausbildungspflicht. Viele unterrichten nicht einmal ein Drittel ihrer Pflichtstunden - sie wälzen die Lehre auf Mitarbeiter ab.

Hochschulreformer Müller-Böling schlägt vor, die Professorengehälter für ein paar Jahre einzufrieren, um die eingesparten Mittel für die Honorierung besonderer Leistungen zu verwenden. Doch selbst solche Minimallösungen dürften am deutschen Dienstrecht scheitern.

Um Anreizsysteme zur Belebung der internen Universitätskonkurrenz zu schaffen, müßte den Universitäten die volle Finanzautonomie gewährt werden. Sie wäre auch Voraussetzung für den Wettbewerb der Hochschulen untereinander. Einzelne Bundesländer gewähren diese finanzielle Selbständigkeit bereits - allerdings mehr aus Gründen der Not denn aus Einsicht. Weil es in Zeiten des knappen Geldes bequemer ist, den Betroffenen das Kürzen selbst zu überlassen, hat Niedersachsen den Universitäten versuchsweise Finanzautonomie eingeräumt. Sie können ihre Globalhaushalte weitgehend eigenständig verwalten, bedingt sogar über Personal entscheiden. Die Berufung von Professoren auf Zeit ist allein Sache der Hochschulen. Bei beamteten Hochschullehrern indes hält das Land weiter den Daumen drauf, um die späteren Pensionslasten in den Griff zu bekommen.

Wettbewerb der Hochschulen setzt auch Konkurrenz um die Studienanfänger voraus, eines der heikelsten Probleme des notwendigen Strukturwandels. Doch wenn die Hochschulen besondere Profile herausbilden sollen, müssen sie frei sein, ihre Studenten nach deren spezifischen Interessen und Fähigkeiten auszuwählen. Die Abiturnoten allein reichen dann nicht als Kriterium für die Zulassung aus; sie könnten um Einstellungsgespräche oder zusätzliche Prüfungen ergänzt werden. Detlef Müller-Böling: "Weshalb sollte nicht für alle Studienfächer gelten, was in zwei Fächern unumstritten ist: nämlich der Nachweis besonderer Fähigkeit für die Studiengänge Kunst oder Sport." Auswüchse könnten dadurch verhindert werden, daß Studienbewerber spätestens dann, wenn sie von drei Hochschulen abgelehnt wurden, über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen zugewiesen werden.

Auch die Befürchtung, die Hochschulen könnten den freien Auswahlprozeß mißbrauchen, um sich nur noch einer kleinen Elite zu widmen, läßt Karl-Heinz Hoffmann, Vorsitzender des Wissenschaftsrats, nicht gelten. Keine Hochschule werde interessiert sein, weniger Studenten aufzunehmen, als sie tatsächlich verkraften könne. Der Gefahr, daß die Universitäten ihr Ausleseverfahren überstrapazieren, wird schon durch die Finanzierung nach der Anzahl der Studenten begegnet.

Im Interesse von Wettbewerb dürfen die Geldmittel allerdings nicht mehr wie bisher nach der Zahl der eingeschriebenen Studenten verteilt werden, sondern nach meßbaren Qualitätskriterien - wie der Zahl der Abschlußprüfungen, der Promotionen und der Habilitationen. Der Wettbewerb, so Karl-Heinz Hoffmann, führe sicher dazu, daß es gute

und weniger gute Hochschulen gibt. Insgesamt werde das Hochschulwesen damit aber transparenter und mache Differenzierungen leichter als heute.

Das in Mode gekommene Hochschul-Ranking, eine von den Medien aufgestellte Rangliste von Professoren und Hochschulen, beruht mehr oder weniger auf Hörensagen und hält objektiven Kriterien nicht stand. Kurioses Beispiel: Eine Anfang des Jahres vom Hamburger Manager Magazin publizierte Rangliste attestierte der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU Hamburg-Harburg mit dem 15. Platz unter 120 Hochschulen einen beachtlichen Spitzenplatz. Nur hatten die 1400 Führungskräfte der Wirtschaft, die dazu befragt worden waren, übersehen, daß es in Harburg weder eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät noch einen einzigen Professor dieses Faches gibt.

Eine erfolgreiche Hochschulreform darf auch vor dem Tabu Studiengebühren nicht zurückschrecken. Schließlich müssen auch Handwerker besondere Qualifizierungen aus eigener Tasche finanzieren, zum Teil mit beträchtlichem Aufwand. Eine Meisterprüfung kostet immerhin zwischen 30 000 und 40 000 Mark.

Gebührenbefürwortern wie Detlef Müller-Böling geht es dabei weniger um die Erschließung neuer Geldquellen "als vielmehr um ein Instrument, die Geldströme an den Ort der besten Verwendung zu bringen" und die Stellung der Studenten innerhalb der Hochschulen zu verbessern. Studiengebühren müssen zudem nicht notwendigerweise dazu führen, Bildungschancen einzuengen. Sie können sozial verträglich gestaltet sein, sich an der staatlichen Studienförderung orientieren oder als Kredit gewährt werden, der später mit der Einkommensteuer verrechnet wird. Eine mildere Form wären Studiengutscheine, die jeder Student abstudieren kann.

Überfällig ist nicht zuletzt eine Reform der Studiengänge, die das Lehrangebot der Hochschulen besser ausdifferenziert. In seinen vor zwei Jahren verabschiedeten Thesen fordert der Wissenschaftsrat, das Angebot der Hochschule aufzufächern. Da eine große Mehrheit der Studenten an einer Ausbildung interessiert ist, die zum Beruf befähigt, sollten die Hochschulen dafür berufsorientierte Studiengänge mit überschaubaren Studienzeiten anbieten. Damit würde zugleich erreicht, das gegenwärtig relativ hohe Alter der Absolventen bei Berufseintritt zu senken, wie es seit langem von der Wirtschaft gefordert wird.

Für den kleineren Teil der Studenten, die darüber hinaus an Wissenschaft und Forschung interessiert sind, sollten die Hochschulen forschungsbezogene Graduiertenstudien anbieten. Außerdem fordert der Wissenschaftsrat, die wachsende Bedeutung der Weiterbildung aufzugreifen und berufsorientierte Aufbaustudien einzurichten. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates kann Weiterbildung im Hochschulbereich nicht hoch genug eingeschätzt werden: "Aus dem fortlaufenden wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisgewinn folgt die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens für Hochschulabsolventen."

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 13/1995

ADRESSE: [http://www.zeit.de/1995/13/Die\\_Elite\\_hat\\_abgewirtschaftet](http://www.zeit.de/1995/13/Die_Elite_hat_abgewirtschaftet)